









Beschlussbuch

der

19. Ordentlichen Landesdelegiertenversammlung
der SGK Nordrhein-Westfalen, 21. April 2018 in Bielefeld

-  A1 Europa
-  A2 Kommunalfinanzen
-  A3 Kommunalwahl 2020
-  A4 Kernthesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik
-  A5 Nur mit den Kommunalen – SPD erneuern
-  A6 Kommunalpolitik an Schulen
-  A7 Ärzteversorgung sicherstellen
-  R1 Gleichstellung und Frauenwahlrecht



Antrag Nr.	Antragsteller	Thema	Seite
A1	Landesvorstand	Europa	5
A2	Landesvorstand	Kommunalfinanzen.....	9
A3	Landesvorstand	Kommunalwahl 2020.....	13
A4	Landesvorstand	Kernthesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik	17
A5	Landesvorstand	Nur mit den Kommunalen – SPD erneuern	23
A6	Landesvorstand	Kommunalpolitik an Schulen	25
A7	Landesvorstand	Ärzteversorgung sicherstellen	27
R1	Landesvorstand	Gleichstellung und Frauenwahlrecht.....	31

19. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung

1 **Beschluss**

2 Antrag A1

3 **Thema:** Europa

4 **Europa findet Stadt**

5 In keinem Koalitionsvertrag der vergangenen Jahre war die Idee der europäischen Entwick-
6 lung und Integration so fest verankert, wie im Koalitionsvertrag der aktuell für die Groko im
7 Bund beschlossen wurde.

8 Für die Kommunalen spielt die Europäische Union eine wichtige Rolle, die allen politischen
9 Ebenen Chancen und Möglichkeiten zum Zusammenwachsen zu einem Europa bietet. Wie
10 wichtig diese Rolle ist, haben die vergangene Flüchtlings- und Finanzkrise gezeigt. Der anti-
11 europäische Populismus in einigen Mitgliedsstaaten, der Brexit und allem voran der Umgang
12 mit der Migrations- und Flüchtlingsentwicklung zerren am Fundament der europäischen
13 Idee.

14 Die Herausforderungen sind global. Lösungen müssen europaweit in den Kommunen, vor
15 Ort bei den Menschen, gefunden werden. Europa ist nur stark durch starke Kommunen.

16 Die Kommunalen in NRW bekennen sich zur Idee der europäischen Integration. Diese zu un-
17 terstützen und zu fördern ist ein Ziel kommunalen Handelns. Die Europäische Union ist das
18 Fundament für ein friedliches Zusammenleben und den wirtschaftlichen Erfolg in Europa.
19 Dieses Fundament ist aber nur stabil in einem Europa in dem die Kommunen und möglichst
20 viele Menschen die dort leben voll hinter der europäischen Idee stehen. Dazu brauchen wir
21 eine Stärkung der politischen Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern die Nächste ist

22 **Völkerverständigung wächst zuerst zwischen Menschen, nicht zwischen Staatsgebilden.**
23 **Menschen begegnen sich lokal in Kommunen.**

24 Die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist ein hohes Gut, das allen EU- Bürgern
25 ermöglicht, in jedem EU-Land zu leben und zu arbeiten. Diese Freiheit ist eine wertvolle Er-
26 rungenschaft, birgt jedoch auch Herausforderungen für die Kommunen. Die europäische
27 Idee ist gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur vor Ort, die gestärkt und ausgebaut
28 werden muss.. Kommunen sind mit dem Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer bereits in-
29 novativ vorangegangen und haben damit gute Erfahrungen gemacht.

30 Mit „Städtepartnerschaften der Neuen Generation“ können die Kommunen zu selbstbe-
31 wussten und wichtigen Akteuren nicht nur für das Zusammenwachsen Europas, sondern
32 auch für das Wachsen einer gelebten Demokratiekultur werden- europaweit und darüber
33 hinaus.

34 Gut unterhaltene Städtepartnerschaften sind eine wichtige Grundlage für ein Europa der
35 Bürgerinnen und Bürger. Hier kann beispielsweise die Teilhabe von Migrantinnen und Mig-
36 ranten in der Kommune gestärkt, sowie das voneinander lernen, insbesondere im Hinblick
37 auf Demokratieprozesse, gefördert werden. Das Aufstocken der EU-Mittel für Städtepart-
38 nerschaften und die unbürokratische Ausgestaltung von Austauschprogrammen sind dazu
39 unabdingbar.

40 **Europa braucht eine Erneuerung**

41 Die Herausforderungen an die Europäische Union unterliegen einem steten Wandel. So er-
42 fordern sie eine regelmäßige Erneuerung und immer wieder einen neuen Aufbruch, der kei-
43 neswegs selbstverständlich ist.

44 Europa muss das Vorbild von Demokratie und Solidarität bleiben. Der Zusammenhalt Euro-
45 pas muss auf Basis seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Werte auf allen Ebenen
46 vertieft und das Prinzip der wechselseitigen Solidarität gestärkt werden. Europa muss näher
47 zu den Menschen rücken, um genau diese Werte noch tiefer zu verankern.

48 Deutschland, die Bundesländer und die Kommunen müssen sich deshalb aktiv in die Debatte
49 über die Zukunft der EU und eine Stärkung der europäischen Integration einbringen.

50 Bürgerbeteiligungsmodelle und Bürgerprojekte können dafür sorgen, dass Europa bürger-
51 näher und transparenter wird. Nur so kann neues Vertrauen gewonnen werden. Dies kann
52 nur dann gelingen, wenn die Kommunalen gemeinsam mit Land, Bund und Europa, eine für
53 die Bürger verständliche Politik vorleben.

54 Dazu müssen die politischen Programme und die Vorteile der Europäischen Gemeinschaft im
55 Hinblick auf die positiven Entwicklungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene verständ-
56 lich kommuniziert werden. Der konkrete Nutzen für die Kommunen muss den Bürgerinnen
57 und Bürgern vor Ort selbstbewusst dargestellt werden. Die Kommunen sind dabei ein wich-
58 tiger Akteur/Vermittler, denn sie können z.B. auf regionale und lokale von der EU geförderte
59 Projekte aufmerksam machen und damit den Zusammenhang zwischen der EU und der
60 Kommune deutlicher in den Vordergrund stellen.

61 Hierzu gehört auch das deutliche Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip und der Achtung der
62 kommunalen Selbstverwaltung. Alle Angebote für die Bürgerinnen und Bürger müssen mög-
63 lichst erreichbar zur Verfügung stehen, damit konkrete Aufgaben dort gelöst werden, wo die
64 Menschen sind: Vor Ort in ihrer Kommune.

65 **Europa heißt Frieden**

66 Wir wollen ein Europa des Friedens.

67 Globale Herausforderungen brauchen auch europäische Antworten. Es gibt Einigkeit in der
68 klaren Absage an Protektionismus und Nationalismus. Es muss mehr internationale Koopera-
69 tionen geben. Marktabschottung und Grenzschießungen sind der falsche Weg. In der Flücht-
70 lings- und Migrationspolitik muss die EU ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden
71 und zugleich die Migration besser ordnen und steuern. Fluchtursachen müssen umfassend
72 bekämpft werden, die Außengrenzen der EU gemeinsam wirksamer geschützt, sowie eine
73 solidarische Verantwortungsteilung in der EU geschaffen werden.

74 Wir treten gemeinsam dafür ein, dass Deutschland seiner europäischen Verantwortung in
75 einem Geist partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Solidarität gerecht wird.

76 **Globale Verantwortung – Lokale Entscheidungen**

77 Lokale Herausforderungen können nur lokal gelöst werden. Deshalb braucht die Europäische
78 Union gelebte Subsidiarität. Auch um die Handlungsspielräume von Kommunen und Ländern
79 zu stärken.

80 Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat müssen die Interessen der Kommunen in den
81 Entscheidungsprozessen in Angelegenheiten der EU noch mehr als bisher berücksichtigen.

82 Durch ihren Sachverstand auf lokaler Ebene ist die kommunale Ebene ein unverzichtbarer
83 Partner bei der Umsetzung bürgernaher Europapolitik. Daher sollten die Kommunen früher
84 in den Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene einbezogen werden. Bei wichtigen
85 kommunalrelevanten Fragen sollten neben dem Ausschuss der Regionen auch die kommu-
86 nalen Spitzenverbände auf EU-Ebene angehört werden, auch um zu einer realistischen Fol-
87 genabschätzung für Kommunen zu kommen.

88 Aber auch die Kommunen müssen im Rahmen des institutionellen Gefüges der EU im Ver-
89 hältnis zu den Länder mehr Gewicht erlangen und sich stärker im Rahmen des Kongress der
90 Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) und dem Rat der Gemeinden und Regio-
91 nen Europas (RGRE), die als etablierte Institutionen den Städten und Gemeinden eine ge-
92 meinsame Stimme verleihen, einbringen.

93 Das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie das Europabüro der
94 baden-württembergischen Kommunen, das Europabüro der bayrischen Kommunen und
95 auch das Europabüro der sächsischen Kommunen als »Horchposten« der kommunalen Spit-
96 zenverbände in Brüssel, können als Vorbild dienen, damit auch die nordrhein-westfälischen
97 Kommunen frühzeitig über Entwicklungen europäischer Politikgestaltung informiert sind und
98 darauf reagieren können. Informations- und Beratungsstrukturen wie Europe Direct müssen
99 erhalten und ausgebaut werden.

100 **Wettbewerbsfähigkeit durch zukunftsfähige Investitionen**

101 Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft. Wachstum und Wohlstand in
102 Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und Wohlstand in Europa verknüpft. Die
103 Wettbewerbsfähigkeit der EU und die Wachstumskräfte im Kontext der Globalisierung sind
104 die Basis des zukünftigen Wohlstandes.

105 Dennoch darf die Verantwortung für die Menschen in der sozialen Marktwirtschaft Europas
106 nicht vernachlässigt werden. Unternehmensverantwortung, Sozialpartnerschaften, Mitbe-
107 stimmung und faire Verteilung brauchen eine Überarbeitung der Rahmenbedingungen, gera-
108 de im Hinblick auf die Digitalisierung. Dazu gehört auch die Stärkung der Innovationsfähigkeit,
109 z.B. durch das Europäische Investitionsförderprogramm (EFSI) und eine nachhaltige EU-
110 Kohäsionspolitik zur Stärkung von stark und schwach entwickelten Regionen.

111 Auch die Sicherung und Verbesserung von Dienstleistungen sind von allgemeinem Interesse
112 und eine wesentliche Grundbedingung für die Verwirklichung eines sozialen Europas. Die
113 Bandbreite dieser zumeist von Kommunen verantworteten Dienstleistungen, die das Ge-
114 meinwohl betreffen, reicht von der Versorgung mit Wasser und Energie sowie der Entsor-
115 gung von Abfall und Abwasser über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu den
116 Bereichen Bildung, Schule, Gesundheit, Wohnungswesen, Kultur sowie der Betreuung von
117 Menschen in schwierigen Lebenssituationen und vielfältigen sozialen Dienstleistungen.

118 Gesetze und Verordnungen auf europäischer Ebene sind so zu gestalten, dass Kommunen in
119 der Lage sind, ihre Aufgabe selbst nachzukommen und gemeinwohlorientierte Dienstleistun-
120 gen für die Bürgerinnen und Bürger selbst bereitzustellen. Denn die EU hat sich selbst auf
121 eine soziale Marktwirtschaft verpflichtet. Integraler Bestandteil hiervon ist die kommunale
122 Daseinsvorsorge.

123 Öffentliche Dienstleistungen stellen keinen Widerspruch zur Marktwirtschaft dar, vielmehr
124 sind sie für die Volkswirtschaften existentiell wichtig. So haben sich die Sparkassen als Garant
125 für die Bürgerinnen und Bürger in den Zeiten der Finanzkrise erwiesen.

126 **Europa als Chance für alle Menschen**

127 Ziel der Europäischen Union muss es bleiben, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Euro-
128 pa anzustreben. Dies erfordert eine europäische Unterstützung der strukturschwachen und
129 benachteiligten Regionen und Städte mit europäischen Mitteln. Hierdurch wird ihre Wirt-
130 schaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.

131 Jugendarbeitslosigkeit muss in allen Regionen Europas nachhaltig und zukunftsfähig be-
132 kämpft werden. Soziale Grundrechte, wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort in
133 der EU, muss durch einen Sozialpakt untermauert werden. Faire Rahmenbedingungen für
134 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfordern eine bessere Koordinierung der Arbeits-
135 marktpolitik und eine dringende Revision der Entsenderichtlinie.

136 Wer konsequent gegen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwäche-
137 ren Ländern in Europa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die Soziale Marktwirtschaft
138 in Deutschland. Dies kommt auch den Kommunen unmittelbar zugute.

139 **Die Kommunen unterstützen Europa!**

140 Das Europäische Parlament wird als einziges EU-Organ alle fünf Jahre von allen Bürgerinnen
141 und Bürgern der EU gewählt. Die nächste Europawahl findet 2019 statt und wird von den
142 Kommunalen aktiv unterstützt.

143 **Die Europawahl ist entscheidend die politische Richtung in Europa.**

144 Die Europawahl 2019 ist für die deutschen Kommunen von herausragender Bedeutung. Die
145 Kommunen brauchen ein starkes Europa.

146 Da die einzelnen Staaten Europas den vielen Herausforderungen unserer Zeit längst nicht
147 mehr alleine gewachsen sind, ist der Weg der europäischen Integration ohne Alternative.
148 Wir wollen eine Europäische Union, die sozial gerechter, demokratischer, unbürokratischer
149 und vor allem bürgernäher ist. Dazu muss die Europäische Union die Aufklärung über den
150 Nutzen für die Kommunen und die Menschen vor Ort massiv intensivieren.

151 Die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bekennen sich
152 ausdrücklich zum europäischen Einigungsprozess. Wir setzen uns ein für ein soziales Europa,
153 der Freiheit, Demokratie, der sozialer Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und Solidarität
154 ein. Das Europa der Kommunen ist Bürgernähe und Subsidiär. Darum unterstützen die SPD
155 Kommunalen die Europawahl 2019 und rufen alle Bürgerinnen und Bürger zur Wahl auf.

1 **Beschluss**

2 Antrag A2

3 **Thema:** Kommunal финанzen

4 **Handlungsspielräume für Kommunen sichern!**

5 **Das Land ist in der Pflicht!**

- 6 1.) Der Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz ist beginnend mit dem GFG 2019
7 schrittweise auf 25 % bis zum Ende der 17. Wahlperiode des Landtages zu erhöhen.
- 8 2.) Der Vorwegabzug im GFG zur kommunalen Ko-Finanzierung des Stärkungspaktes
9 muss ebenso umfänglich und schnell entfallen, wie die Solidaritätsumlage (Abundan-
10 zumlage).
- 11 3.) Das Land muss sich mit Unterstützung durch den Bund der Verantwortung stellen
12 und eine Altschuldenlösung entwickeln, die nicht im Rückgriff durch die kommunale
13 Familie selbst finanziert wird.
- 14 4.) Zur interkommunalen Gerechtigkeit gehört es, keine Steueroasen im Land zuzulas-
15 sen. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen ruinösen Wettbewerb durch Ge-
16 werbesteuerinseln mit Dumping-Hebesätzen zu beenden.
- 17 5.) Die Landesregierung muss ihre gegebenen Versprechen einlösen und eine Integrati-
18 onspauschale vollständig an die Kommunen weiterleiten.
- 19 6.) Die Länder werden im Zuge der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
20 massiv in einer Größenordnung von jährlich 9,5 Mrd. Euro entlastet. Die Landesregie-
21 rung wird aufgefordert, die Kommunen an den verbesserten Einnahmen des Landes
22 angemessen zu beteiligen.

23 **Begründung:**

24 Die Kreise, Städte und Gemeinden benötigen ausreichende Finanzmittel, um ihre Aufgaben
25 erfüllen zu können. Indikatoren für die weiterhin bestehende Unterfinanzierung der Kom-
26 munen in NRW sind die auf hohem Niveau verharrenden Kassenkredite in Höhe von rund 26
27 Mrd. Euro sowie die geringe Anzahl an Kommunen mit einem „echt“ ausgeglichenen Haus-
28 halt gem. § 75 Abs. 2 GO NRW. Demnach ist ein kommunaler Haushalt ausgeglichen, wenn
29 der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht
30 oder übersteigt. Dieser Anforderung entsprachen zum 31.12.2016 gerade einmal 36 von 427
31 Kommunen in NRW, also keine 10 %. Ein Großteil der Kommunen kann den Haushalt nur
32 noch ausgleichen, indem sie ihr Eigenkapital durch Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage oder
33 die Allgemeine Rücklage verzehren. Dem Rest der Kommunen in NRW geht es noch schlech-
34 ter, diese befinden sich in der Haushaltssicherung bzw. im Stärkungspakt.

35 Eine weitere Zahl gibt zu denken: Die öffentlichen Investitionen stagnieren seit Jahren bei
36 nominal etwa 3 Mrd. Euro. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist das Investitionsvolumen
37 damit auf einen Wert gefallen, der nicht einmal mehr einem Drittel des Wertes von 1992
38 entspricht.

39 Debatten über die vertikale Verteilung der Finanzmittel im Land, also der Ausgleich zwischen
40 den Kommunen bleiben somit letztlich ohne nachhaltige Wirkung. Die sprichwörtlich zu klei-
41 ne Decke wird nicht dadurch größer, dass man sie dreht und wendet. Eine insgesamt unzu-
42 reichende Finanzierung der Kommunen löst sich eben nicht dadurch auf, dass man in regel-
43 mäßigen Abständen die interkommunale Verteilungssystematik des GFG reformiert.

44 Deswegen müssen zu allererst die Zuweisungen des Landes an die Kommunen erhöht wer-
45 den. Der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes (Verbundsatz) ist des-
46 halb schrittweise bis zum Ende der Legislaturperiode auf 25 % zu erhöhen.

47 Eine Anpassung des Verbundsatzes erst im Jahr 2020 auf „echte 23 %“, wie es der Koaliti-
48 onsvertrag von CDU und FDP vorsieht, ist nicht ausreichend. Dies entspräche lediglich einer
49 Steigerung von 1,17 % und ist damit weit weg von den vollmundigen Ankündigungen der
50 Koalitionäre im Wahlkampf.

51 Erst wenn die finanzielle Gesamtausstattung auf ein der Aufgabenlast der Kommunen an-
52 gemessenes Niveau angehoben wurde, kann es eine GFG-Reform geben, bei der nicht stän-
53 dig die Interessen von städtischem und ländlichem Raum gegeneinander ausgespielt wer-
54 den. Dann erst lassen sich auch gleichwertige Lebensverhältnisse und gleiche Chancen in
55 Stadt und Land erreichen.

56 **Das Land finanziert den Stärkungspakt und entlastet bei den Altschulden**

57 Damit das Land nicht, wie zuletzt bei der Erhöhung der Krankenhausumlage geschehen, den
58 Kommunen weitere Finanzmittel entzieht, muss der Stärkungspakt künftig komplett landes-
59 finanziert sein. Eine Abschaffung des Kommunal-Soli ist daher der erste Schritt, der zeitgleich
60 mit dem gänzlichen Entfallen des Vorwegabzugs im Gemeindefinanzierungsgesetz erfolgen
61 muss. Andernfalls werden die abundanten Kommunen sogar schneller und umfassender
62 entlastet als die Schlüsselzuweisungsempfänger. Diese offenkundige Ungleichbehandlung
63 treibt einen Keil in die kommunale Familie und ist inhaltlich nicht zu rechtfertigen.

64 Die Fortführung des Stärkungspaktes ist notwendig aber nicht hinreichend. Das Land muss
65 sich zudem gemeinsam mit dem Bund der Aufgabe des Abbaus der kommunalen Altschulden
66 stellen. Hierfür müssen Modelle entwickelt werden, bei denen nicht am Ende erneut ledig-
67 lich Geld von den etwas weniger finanzschwachen Kommunen zu den ganz finanzschwachen
68 Kommunen umgeleitet wird.

69 **Integrationspauschale weiterleiten**

70 Um die Aufgabe der Integration meistern zu können, benötigen die Kommunen weitere Un-
71 terstützung. Die Integrationspauschale muss deshalb vollständig, wie dies von CDU und FDP
72 im Wahlkampf versprochen wurde, an die Kommunen weitergeleitet werden. Die Weiterlei-
73 tung von lediglich einem Viertel der Gesamtsumme ist weit weg von „ungeschmälert und
74 vollständig“. Keinesfalls darf diese, wenn das Land sie einbehält, auch noch der Finanzaus-
75 gleichsmasse vorenthalten werden. Hierdurch wird die Integrationspauschale sogar zum
76 Negativ-Effekt für die Kommunen, weil dies einer Kürzung von 175 Mio. Euro entspräche
77 oder, anders ausgedrückt, der Verbundsatz damit faktisch auf 22,65 % gekürzt wird.

78 **Steueroasen trockenlegen**

79 Die SGK NRW erwartet, dass die Landesregierung die interkommunale Solidarität unter-
80 stützt. „Steueroasen“, die einen Abwerbungskampf um Gewerbeansiedlungen gegen Nach-
81 barkommunen führen, indem sie ihre Hebesätze massiv absenken, darf es in NRW nicht ge-
82 ben.

19. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung

1 **Beschluss**

2 Antrag A3

3 **Thema:** Kommunalwahl 2020

4 **„Platz 2“ ist uns nicht genug - Wir wollen die Kommunalwahl 2020 gewinnen!**

5 Nach den beiden verlorenen Wahlen, sind die Kommunen die einzige verbliebene „Regie-
6 rungsebene“ und Machtbasis in Nordrhein-Westfalen. Diese Ebene müssen wir stärken, aus-
7 bauen, um bei den Bundestagswahlen 2021 und Landtagswahlen 2022 wieder schlagkräftig
8 aufgestellt zu sein. Dabei muss klar sein: Platz 2 ist uns nicht genug!

9 **Herausforderungen erkennen und handeln!**

10 2020 ist die erste Kommunalwahl, bei der die Hauptverwaltungsbeamtinnen und
11 -beamten (HVB) und die Räte wieder an einem gemeinsamen Termin gewählt werden. Diese
12 durch die SPD durchgesetzte Zusammenlegung ist eine Stärkung der Verantwortungsge-
13 meinschaft von Rat und HVB.

14 Damit verbunden sind viele Herausforderungen zur Präsenz in der Fläche sowie der Perso-
15 nalgewinnung und -qualifizierung zu meistern. Gleichermaßen ist zu berücksichtigen, dass
16 die SPD weiterhin als Partei der großen Städte identifiziert werden soll. Dabei spielt die fort-
17 geschrittene Personalisierung von HVB-Wahlen in allen Gemeindegrößenklassen eine be-
18 sondere Rolle: Sie geben der SPD vor Ort ein Gesicht.

19 Die Aufgabe der SGK NRW ist es, Kommunalpolitik besser als bisher im Landesvorstand der
20 NRWSPD zu verankern. Die NRWSPD hat aktuell deutlich weniger öffentlich bekannte Köpfe
21 in der Fläche und damit ein Reichweitenproblem. Gerade die kommunalen Köpfe können
22 der SPD einen neuen Charakter geben. Deshalb müssen Frauen und Männer aus dem kom-
23 munalen Raum deutlich wahrnehmbarer sowohl im Landesvorstand als auch Präsidium be-
24 rücksichtigt werden als bisher.

25 Das Ziel ist, die Kommunalwahl als stärkste Kraft zu gewinnen. Dazu müssen alle Kräfte der
26 sozialdemokratischen Familie gebündelt, Doppelstrukturen abgeschafft, Aufgabenklarheit
27 geschaffen und Zuständigkeiten respektiert werden. Die sozialdemokratische Familie kämpft
28 gemeinsam für ein Ziel!

29 **Organisation muss zielorientiert sein**

30 Die SGK NRW ist die Vertretung der über 9.500 sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen
31 und Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen. Die SPD-Kommunalen vertreten das Ehren-
32 amt und das Hauptamt der Kommunalpolitik gegenüber der SPD, der SPD-Landtagsfraktion
33 aber auch der Landesregierung und weiteren Institutionen. Sie ist am nächsten dran, an
34 „den Kommunalen in NRW“.

35 Die Einrichtung einer Kommunalkampa bei der NRWSPD und die Einbindung der SGK NRW
36 sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es gilt, den Sachverstand zu bündeln und damit
37 schlagkräftiger und handlungsfähiger in die Vorbereitung der Wahlen zu gehen. Dazu müssen
38 personelle, inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen auf Landesebene geklärt werden,
39 und es muss zügig damit begonnen werden, das Gesamtkonzept 2020 zu entwickeln.

40 **Ein Programm muss zukunftsweisend und identitätsstiftend sein!**

41 Die SGK NRW fordert einen intensiven Programmprozess mit der SPD, den Kommunalen und
42 gesellschaftlichen Organisationen, wie er 2010 begonnen wurde. Die inhaltliche Vorberei-
43 tung der Kommunalwahl darf nicht im Alltagsgeschäft untergehen. Es muss ein „Impuls“
44 entwickelt werden, der den Menschen zeigt: Die SPD ist die Kommunalpartei Städten, Ge-
45 meinden und dem ländlichen Raum!

46 Auch das kommunalpolitische Programm (Leitlinien, etc.) der NRWSPD muss zum Personal
47 passen. Daher sollten personelle Festlegung von Verantwortlichkeiten und programmatische
48 Themen aufeinander abgestimmt sein. Die Verantwortlichen sollen zentrale Leuchttürme
49 und innovative politische Projekte für ihre Themenfelder - entwickeln. Hierbei übernimmt
50 die SGK eine zentrale Rolle.

51 Neue Impulse, gepaart mit den sozialdemokratischen Essentials einer nachhaltigen, zu-
52 kunftsorientierten Politik für den Bürger, müssen am Ende des Programmprozesses zu er-
53 kennen sein. Die Genossinnen und Genossen vor Ort sollen sich mit dem Leitbild der kom-
54 munalen Sozialdemokratie identifizieren können und ihre Ansprüche an die Arbeit vor Ort
55 müssen sich widerspiegeln.

56 **Personalentwicklung steht und fällt mit der Attraktivität der Perspektive!**

57 Die Personalentwicklung in der Kommunalpolitik wurde zu lange stiefmütterlich behandelt.
58 Jetzt stehen die HVBs alleine im Mittelpunkt der letzten Regierungsebene in NRW und sind
59 damit noch mehr gefordert als bisher, der NRWSPD vor Ort aber auch regional ein Gesicht zu
60 geben. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, müssen SGK NRW und NRWSPD ihre An-
61 gebote ausbauen, den Austausch vor Ort zu stärken und Hilfestellungen für die Arbeit vor
62 Ort bieten.

63 Das gilt auch für die zweite Ebene, die Beigeordneten, die Fraktionsvorsitzenden und auch
64 die unzähligen Ratsmitglieder sowie die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in den Frakti-
65 onen vor Ort. Neben der Qualifizierung für die Arbeit in den Gremien muss Unterstützung in
66 Form von Schulungen und Leitfäden für die aktive Gestaltung sozialdemokratischer Kommu-
67 nalpolitik vor Ort geleistet werden.

68 Junge Menschen und Frauen gezielt fördern, ist der Kern sozialdemokratischer Personalent-
69 wicklung. Zusätzliche Weiterbildungs- und „Engagement-Angebote“ müssen für diese Ziel-
70 gruppen entwickelt und so gestaltet werden, dass die Motivation für das Engagement das
71 Ziel dieser Seminare ist. Seminare für „Handwerkszeug“ und „Soft-Skills“ müssen ebenfalls,
72 zugeschnitten auf die Zielgruppe junger Menschen und Frauen, angeboten werden.

73 **Die Zeit läuft**

74 Die Prozessarbeitsgruppe „Kommunalkampa“ von NRWSPD und SGK NRW wird rechtzeitig
75 vor der Sommerpause 2018 Eckpunkte und Thesen des kommunalpolitischen Profils der so-
76 zialdemokratischen Familie in NRW vorlegen.

77 Damit verbunden, müssen zeitnah Räume zur inhaltlichen Debatte geschaffen werden, die
78 einen umfangreichen Beteiligungsprozess aller Genossinnen und Genossen ermöglichen, um
79 die Identifikation mit Kommunalpolitik in der SPD zu stärken.

80 Die SGK NRW bringt sich aktiv in diesen Prozess ein und unterstützt die NRWSPD bei der
81 Erarbeitung der Grundlagen und der Gestaltung des Prozesses zur Erarbeitung eines kom-

82 munalpolitischen Programms, zusammen mit der Klärung der Fragen von Personal und Or-
83 ganisation.

84 **Leitfragen klären und Strukturen anpassen!**

85 Die Rolle der Kommunalpolitik wurde in der SPD in den letzten Jahren immer weiter nach
86 unten geschoben. Lange waren „die Kommunalen“ nur dann interessant, wenn Mehrheiten
87 für Parteitage gebraucht wurden oder die Schuld für Wahldebakel verschoben werden muss-
88 te. Das darf so nicht weitergehen, deshalb müssen die Fragen nach der Wertigkeit und der
89 strukturellen Verortung der Kommunalpolitik innerhalb der SPD vor dem Start in die Kom-
90 munalwahlkampagne 2020 geklärt werden. Nur so können Doppelstrukturen verhindert und
91 Synergien genutzt werden.

92 Die SGK NRW fordert eine klarere und sichtbarere Verortung der Kommunalpolitik in den
93 Leitungsgremien der NRWSPD und der Bundes-SPD. Ebenso müssen kommunalpolitische
94 Akteure auf allen Ebenen zusammengebracht und Kommunikationsplattformen geschaffen
95 werden, die das gemeinsame Ziel haben: **Die Kommunalwahlen in NRW 2020 gewinnen!**

96 **Herausforderungen erkennen!**

97 Die SGK NRW stellt fest, dass es für sozialdemokratische Kommunalpolitik einen roten Faden
98 geben muss, der sich kurz-, mittel- und langfristig mit den Herausforderungen für die Kom-
99 munalpolitik in unseren Städten und Gemeinden auseinandersetzt. Die zentralen Fragen
100 müssen sein:

101 Welches sind die größten Herausforderungen in den kommenden fünf und fünfzehn Jahren?

102 Wie kann sozialdemokratische Kommunalpolitik das Leben der Menschen in den Kommunen
103 und in den ländlichen Räumen verbessern, damit die Herausforderungen gemeistert werden
104 können?

105 **Kommunalpolitisches Programm!**

106 Ein kommunalpolitisches Programm der sozialdemokratischen kommunalen Familie muss
107 immer klar erkennen lassen, dass es Sozialdemokraten sind, die sich um die Menschen vor
108 Ort kümmern, ihre Lebensstandards und –qualität sichern, die sozialen Aspekte des Zusam-
109 menlebens stärken und ausbauen, niemanden vergessen und der starke Partner für die
110 Menschen vor Ort sind. Dafür machen die rund 9.800 Sozialdemokratinnen und Sozialdemo-
111 kraten ihre tägliche, haupt- und ehrenamtliche Arbeit in der Kommunalpolitik in Nordrhein-
112 Westfalen.

19. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung

1 **Beschluss**

2 Antrag A4

3 **Thema:** Kernthesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik

4 **Die Städte sind für Dich gebaut...**

5 Wie wollen wir, wie wollen Sie, willst Du in Zukunft leben? Ist die Stadt, die Gemeinde, Deine
6 Heimat nur noch ein globales Dorf, weil Informationen überall vorhanden und jeder mit je-
7 dem verbunden sein kann? Sind Städte und Gemeinden nicht mehr als das? Wie soll sie aus-
8 sehen, die Stadt der Zukunft? Wollen Sie, willst Du dabei sein, wenn es um die Zukunft Ihrer
9 und Deiner Heimat geht? Was ist denn Heimat, was macht sie aus, ist sie überhaupt wichtig?

10 Für uns ist sie ein Ort der Freiheit, in dem Menschen gerne leben wollen. Wir beteiligen un-
11 sere Bürger an der Gestaltung ihrer Heimat. Demokratie und Bürgerbeteiligung gehören zur
12 Heimat, in der wir gerne leben.

13 Wir werden unsere Heimat nicht den wirtschaftlichen Interessen privater Unternehmen un-
14 terordnen, sondern wollen selbst entscheiden. Wer bei uns lebt, soll bezahlbare Wohnungen
15 finden, einen guten Arbeitsplatz und vielfältige Einkaufsmöglichkeiten.

16 Für uns ist die Gesundheit ein hohes Gut. Deshalb wollen wir in unseren Kommunen im Ein-
17 klang mit der Natur leben. Wir nutzen erneuerbare Energien und wollen sie ausbauen, wir
18 brauchen weder Glyphosat noch grüne Gentechnik – wir suchen eine gute Zukunft, für uns
19 und unsere Kinder.

20 Autos sind für uns nicht schlecht, aber um mobil zu sein, brauchen wir mehr: gute Radwege,
21 Elektrobusse oder gemeinsam mit anderen mobil zu sein – da gibt's noch viel Neues. Für uns
22 ist die Heimat nicht rückwärtsgewandt, sondern zeigt nach vorn: Wir setzen überall auf Glas-
23 faser: mit „smart cities“ und „smart regions“ werden wir überall gleichen Chancen zur In-
24 formation, Kommunikation und guter Arbeit schaffen.

25 Unsere Kinder sind unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Wir wollen, dass sie in beste
26 Schulen gehen. Bildungswege in die Zukunft dürfen nicht allein vom Geldbeutel abhängen
27 und sollen allen Generationen offenstehen.

28 Unsere Heimat ist weltoffen, tolerant und friedensstiftend. Wir helfen Menschen in materi-
29 eller Not, die Opfer von Flucht und Vertreibung sind und wir zeigen Grenzen auf, damit Si-
30 cherheit und Freiheit nicht gefährdet werden. Wir sind Partner von Kirchen, Gewerkschaften
31 und sozialen Organisationen und fördern zivilgesellschaftliches Engagement.

32 In unserer Kommune gibt es eine hohe Lebensqualität: Sport, Freizeit, Kultur sind Ausdruck
33 von Lebensfreude, Vielfalt und Zusammenhalt. Unsere Sportstätten müssen deshalb in gu-
34 tem Zustand sein und allen zur Verfügung stehen. Unsere kommunale Kultur trägt zu unse-
35 rer Identität bei. Unsere Einrichtungen und unsere Aktivitäten sind unverzichtbar und des-
36 halb keine stille Finanzreserve im städtischen Haushalt.

37 Wir wollen durch unsere vorbeugende Sozialpolitik niemanden zurücklassen und Fehlent-
38 wicklungen vorbeugen. Quartiere und Nachbarschaften müssen gute Bedingungen für eine
39 hohe Lebensqualität bieten. Was für die junge und aktive Generation gilt, soll auch für ältere
40 Menschen gelten. Denn bei aller Unterschiedlichkeit und trotz Meinungsverschiedenheiten:
41 wir gehören zusammen.

42 Unsere Kommunen sind Orte mit Zukunft. Wir wissen, dass globale Herausforderungen loka-
43 le Antworten verlangen. An dieser Politik wollen wir Sie und Dich beteiligen.

44 Wir laden alle herzlich dazu ein.

45 **Kernthesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik**

46 1.) Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns die Freiheit, vor Ort selbst über die Le-
47 bensbedingungen und Lebensqualität der Menschen in ihrem Heimatort entscheiden zu
48 können. Als Teil des demokratischen und sozialen Rechtsstaates der Bundesrepublik
49 Deutschland erwarten wir die notwendige finanzielle und rechtliche Unterstützung
50 durch Bund und Land bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe. Kommunale Selbstverwal-
51 tung ist für uns die Basis, nicht das Kellergeschoss der Demokratie. Diesem Grundver-
52 ständnis folgend, setzen sich Sozialdemokraten auf allen Ebenen für handlungsfähige
53 Kommunen ein. Wir wollen lebendige, lebens- und liebenswerte Kommunen in NRW, in
54 denen sich die Menschen wohl fühlen, die sie als ihre Heimat wahrnehmen und in de-
55 nen sie sich selbst einbringen.

56 2.) Wir stehen zur öffentlichen Verantwortung bei zentralen Aufgaben der kommunalen
57 Daseinsvorsorge. Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger müssen wirtschaftlich
58 erbracht werden und sind unser Ziel, nicht das privatwirtschaftliche Gewinnstreben. Wir
59 wollen starke Kommunen mit handlungsfähigen, demokratisch legitimierten Stadt- und
60 Gemeinderäten sowie Kreistagen. Die wirtschaftsliberale Devise „Privat vor Staat“ leh-
61 nen wir ab. Wir bekennen uns zu interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit. Das
62 Wohlergehen der eigenen Kommunen darf nicht durch ruinösen Wettbewerb auf dem
63 Rücken der Nachbarn aufbauen.

64 3.) Der Mensch steht im Mittelpunkt. Für ihn brauchen wir eine effiziente, moderne und
65 bürgernahe Verwaltung. Für ihn brauchen wir eine funktionierende kommunale Demo-
66 kratie. Sie ersetzt nicht die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, sondern bringt
67 sie zur Geltung. Unsere Kommunalpolitik will die Menschen zum Engagement motivie-
68 ren. Deshalb benötigen wir eine stabile kommunale Demokratie. Unsere Kommunalpoli-
69 tik will die Menschen gewinnen, ihre Kommune zu gestalten, mitzuwirken und erlebbar
70 zu machen. Deshalb schätzen und fördern wir das Ehrenamt. Es ist für uns Unterstüt-
71 zung, kein Ersatz notwendiger Arbeit am Gemeinwesen.

72 4.) Zu den Grundbedürfnissen, die eine Kommune erfüllen muss, gehört das Wohnen.
73 Wohnraum muss ausreichend vorhanden und für breite Bevölkerungsschichten bezahl-
74 bar sein. Wir wollen eine aktive Rolle der Kommunen in der Wohnungspolitik. Angefan-
75 gen von der Bodenbevorratung, Mobilisierung und Reaktivierung kommunaler Flächen
76 wollen wir Raum für neue Wohnungen schaffen. Wir folgen dem Grundsatz der „Innen-
77 vor Außenentwicklung“. Unsere Wohnungspolitik folgt ebenso gemeinwohlorientierten,
78 sozialen Zielen wie den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Wohnungspolitik und Quartiers-
79 entwicklung gehören für uns eng zusammen. Deshalb ist der Wohnungsbau integrierter
80 Bestandteil der Stadtentwicklung, die eine gute Lebensqualität schaffen muss.

81 5.) Kommunen produzieren Standorte. Moderne Wirtschaft schafft gute Arbeit. Kommunale
82 Wirtschaftspolitik stärkt kleine und mittlere Betriebe und ist Partner großer Unter-
83 nehmen. Kommunale Wirtschaftspolitik schafft gute Bedingungen für die Vereinbarkeit
84 von Familie und Beruf und hilft mit den Berufskollegs bei der Sicherung der dualen Aus-
85 bildung im Handwerksbereich. Gleiches gilt für den Zugang zum Dienstleistungssektor

- 86 und die akademische Ausbildung. Kommunen sind als Arbeitgeber selbst gefordert und
87 müssen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, wenn es um familiengerechte Arbeitszei-
88 ten, Ausbildungsplätze und Begrenzung befristeter Beschäftigungsverhältnissen geht.
89 Die Arbeit der Zukunft wird maßgeblich durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche
90 geprägt. Kommunale Wirtschaftsdialoge mit den Unternehmen vor Ort, Gewerkschaften
91 und Kammern sollen eine konzertierte kommunale Wirtschaftsförderung sichern, die
92 den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gewachsen ist.
- 93 6.) Kommunalpolitik ist Verbraucherpolitik. Wir wollen einen florierenden Einzelhandel in
94 lebendigen Innenstädten. Wir wollen eine gesunde Ernährung mit regionalen Produkten
95 und einer umweltverträglichen Landwirtschaft. Wir brauchen keine Aufhebung der
96 Sonntagsruhe durch immer mehr verkaufsoffene Sonntage. In Zeiten von Lebensmit-
97 telskandalen, Umweltgiften und immer wachsender Verletzlichkeit unserer Gesellschaft
98 durch die Digitalisierung brauchen Verbraucherinnen und Verbraucher Beratung und
99 Aufklärung durch die Verbraucherzentralen.
- 100 7.) Dorf- und Stadtentwicklungspolitik hat die Kommunen insgesamt im Blick. Wie in einem
101 Brennglas sind gesellschaftliche Herausforderungen in unseren Gemeinwesen kon-
102 zentriert. Konzepte, die die Aufgaben der Gegenwart erfassen, die Zukunft der eigenen
103 Heimat beschreiben und Ziele einer zukunftsfähigen und lebenswerten Kommune ent-
104 wickeln, sind für uns unverzichtbar. In den Prozess der Erarbeitung dieser Konzepte be-
105 ziehen wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv ein. Wir wollen die teilhabenden und mit-
106 bestimmenden Bürgerinnen und Bürger.
- 107 8.) Kommunale Selbstverwaltung, verstanden als Freiheit, alle Angelegenheiten der örtli-
108 chen Gemeinschaft zu behandeln, braucht eine auskömmliche Finanzierung. Wir erwar-
109 ten, dass Bund und Land diese Grundlage sichern, bevor lokale Steuern und Abgaben für
110 Aufgaben, die Bund und Land finanzieren müssen, erhoben werden. Wir fordern, dem
111 Grundsatz "wer bestellt, bezahlt" Geltung zu verschaffen. Wir stehen aber auch zur ei-
112 genen finanziellen Verantwortung und wollen keine Verschuldung zu Lasten nachfol-
113 gender Generationen. Kommunale Steuern, Gebühren und Abgaben müssen sich daran
114 orientieren, dass die kommunale Infrastruktur insgesamt langfristig erhalten bleibt und
115 die Kommune eine hohe Lebensqualität sichert. Es gilt der Grundsatz der Sparsamkeit
116 und Wirtschaftlichkeit, und zwar ohne Beteiligung an zweifelhaften Steuersparmodel-
117 len, Finanzierungskonzepten oder Sozial- und Lohndumping.
- 118 9.) Verantwortliche Kommunalpolitik leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Ener-
119 giewende. Starkregen, Sturm, Unwetter und Hochwasserereignisse zeigen, dass Schutz-
120 maßnahmen erforderlich sind, um auf größere Gefahrenlagen vorbereitet zu sein.
121 Kommunen müssen Konzepte entwickeln, um den Schutz der Bevölkerung zu sichern.
122 Unterlassener Klimaschutz kostet, vorbeugender spart Geld und sichert unsere Lebens-
123 bedingungen. Wir unterstützen aktiv das Ziel des Bundes, den Anteil der regenerativen
124 Energien bis 2035 auf 60 % zu erhöhen. Wir stehen zur öffentlichen Verantwortung in
125 der Umwelt- und Klimapolitik. Wir brauchen eine neue Mobilität in der Stadt. Wir wol-
126 len weder grüne Gentechnik noch Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat im öffentlichen
127 Bereich einsetzen.
- 128 10.) Mobilität bedeutet Freiheit. Anders als in der Vergangenheit ist sie aber nicht mehr
129 vorwiegend an den PKW gebunden. Wir wollen Mobilität fördern, indem wir den Um-
130 weltverbund aus öffentlichem Verkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördern. Fahr-

- 131 gastzahlen, Komfort, Pünktlichkeit und Umweltverträglichkeit wollen wir verbessern
132 und dennoch die Preise für Verbraucher senken. Wir werden neue technische Antriebe
133 (Elektromotoren, Gas- und Wasserstoffantriebe) im öffentlichen Verkehrssektor unter-
134 stützen und Busse und Bahnen sowie kommunale Fahrzeuge zeitnah umrüsten bzw. er-
135 setzen. Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr ist für uns eine visionäre Perspektive,
136 die wir weiterverfolgen. Zur Stärkung von regionalen Verkehren brauchen wir Mobili-
137 tätskonzepte, die von Mitfahrgelegenheiten bis zum Bürgerbus, die Angebotsstruktur
138 verbessern.
- 139 11.) Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet weiter voran und wird auch das öffentliche
140 Leben in den Städten und Gemeinden durchdringen. Kaum ein Lebensbereich dürfte in
141 den kommenden Jahren unberührt bleiben. Um die Chancen in allen Teilen des Landes
142 nutzen zu können, werden wir dem Recht auf Glasfaser Geltung verschaffen und
143 schnellstmöglich die notwendige Infrastruktur schaffen. Wir brauchen eine digitale
144 Agenda in jeder Kommune. Deshalb werden wir auch die demokratisch legitimierten
145 Gremien mit dieser Aufgabe befassen und einen Bürgerdialog initiieren, um Stärken und
146 Schwächen sowie Chancen und Risiken in Erfahrung zu bringen und zu gestalten.
- 147 12.) Eine gute Allgemeinbildung ist die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.
148 Bildung ist aber auch notwendige Bedingung einer sozialen Gesellschaft und einer er-
149 folgreichen Volkswirtschaft. Bildung ist der Schlüssel für die Teilhabe in allen Lebensbe-
150 reichen. Deshalb wollen wir alle Kraft darauf verwenden, unsere Bildungseinrichtungen
151 auf höchstem Niveau zu erhalten. Dazu gehören selbstverständlich die Versorgung mit
152 Glasfaser und eine moderne digitale Ausstattung aller Bildungseinrichtungen. Bildung ist
153 nicht auf die erste Lebensphase beschränkt. Lebenslanges Lernen verlangt Angebote
154 entlang der gesamten Bildungskette bis zum Lernen im Alter. Wir unterstützen das Ziel,
155 allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleich gute Bildungsvoraussetzungen zu
156 schaffen. Gebührenfreiheit kann allerdings nur dann erreicht werden, wenn Bund und
157 Land den Kommunen die Einnahmeausfälle erstatten.
- 158 13.) Unsere Kommunen sollen generationengerecht und integrativ sein. Demografischer
159 Wandel ist selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Wandels. Er begleitet uns von
160 der Kita bis zum Pflegeheim und in den jeweils unterschiedlichen sozialen Lebenslagen.
161 Die Teilhabe am kommunalen Geschehen darf nicht durch physische Barrieren oder Dis-
162 kriminierung gleich welcher Art, eingeschränkt oder verhindert werden. Die Stadt der
163 Zukunft ist inklusiv, barriere- und diskriminierungsfrei und ermöglicht die Teilhabe am
164 gesellschaftlichen Leben für jeden Einwohner. Eine gute Beobachtung des demografi-
165 schen Wandels ist unverzichtbar. Deshalb wollen wir Betroffene zu Beteiligten machen
166 und ihnen in jeder Lebensphase die Mitwirkung am kommunalen Leben sichern und
167 Hindernisse abbauen.
- 168 14.) Der demografische Wandel ist kein Zukunftsszenario. Eine älter werdende Gesellschaft
169 bringt neue Aufgaben mit sich. Eine ausreichende Betreuung, eine qualitativ hochwertige
170 Pflege und die Ermöglichung von Mobilität durch einen erreichbaren ÖPNV spielen
171 eine wichtige Rolle. Auch der Vereinsamung älterer Menschen kann vor Ort durch An-
172 gebote und Projekte begegnet werden. Wir begreifen die alternde Gesellschaft als ein
173 generationenübergreifendes Gesamtkonzept, in der jeder von jedem profitieren kann.
- 174 15.) Sport ist nicht nur Ausdruck von Lebensfreude, sondern leistet auch einen wichtigen
175 Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung. Sport ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher

- 176 Teilhabe und Integration. Sport ist auch Teil einer vorsorgenden Sozialpolitik und Aus-
177 druck guter Lebensqualität. Unsere Sportstätten müssen deshalb in gutem Zustand sein
178 und der Bevölkerung insgesamt zur Verfügung stehen. Spitzen- und Breitensport sind
179 gemeinsam Elemente guter, lokaler Sportpolitik. Ebenso leisten wir Unterstützung bei
180 Inklusion und Integration von Menschen mit Einschränkungen in die Vereine und er-
181 leichtern den finanziellen Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Sportangeboten.
- 182 16.) Unsere Städte sind Teil der Natur und Produkt der Kultur. Die Kultur einer Stadt hat
183 viele Ausdrucksformen, darunter sind unsere Theater, Konzerthäuser und viele ver-
184 schiedene Bühnen, die uns die Welt näherbringen, im Guten wie im Schlechten. Mit ih-
185 ren vielseitigen Aktivitäten tragen die Kulturschaffenden in den verschiedenen Spielor-
186 ten zur Weltoffenheit unserer Kommunen bei. Sie sind nicht nur Teil der Daseinsvorsor-
187 gen, sie tragen zur Identität einer Stadt bei, prägen ihren Charakter und sind deshalb
188 unverzichtbar Bestandteil unserer politischen Kultur. Kulturelle Bildung ist ein wichtiger
189 Baustein der Erziehung von Kindern, Jugendlichen. Vom Zugang zum Musikunterricht bis
190 zu kulturellen Großveranstaltungen – müssen kulturelle Orte und Veranstaltungen auf
191 finanziell stabilen Säulen stehen, ohne die kommunalen Haushalte zu überfordern. Für
192 uns ist die lokale Kulturpolitik weder eine disponible freiwillige Leistung noch eine stille
193 Reserve im städtischen Haushalt. Wir wollen Kultur für alle und Kultur von allen.
- 194 17.) Die moderne Stadt und Gemeinde ist weltoffen, tolerant und friedensstiftend. Sie hilft
195 Menschen in materieller Not, die Opfer von Flucht und Vertreibung geworden sind. Wir
196 stärken dazu auch das zivilgesellschaftliche Engagement, sind Partner von Kirchen, Ge-
197 werkschaften und sozialen Organisationen. Wir hetzen Menschen nicht gegeneinander
198 auf, um der Stammtischhoheit willen oder um kurzfristige Prozentgewinne bei Wahlen
199 zu erzielen. Wir wollen den Menschen gute Perspektiven bieten. Wir wenden uns aller-
200 dings auch dagegen, Verantwortlichkeiten auszuweichen oder Zuständigkeiten zu verwi-
201 schen. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik ist eine Aufgabe des Bundes und ebenso der Län-
202 der. Die Kommunen dürfen weder für die finanziellen Folgen noch für administrative
203 Vollzugsdefizite in die Verantwortung genommen werden.
- 204 18.) Gute Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Fehlentwicklungen vorbeu-
205 gend zu vermeiden. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch gute Rah-
206 menbedingungen für die verschiedenen Gruppen in einer Kommune. Kinder- und Ju-
207 gendpolitik fördert Chancen und sichert Zukunft. Zum eigenen Quartier gehören genera-
208 tionenübergreifende Sportstätten, Jugendräume und Spielplätze. Vorsorgende Sozialpo-
209 litik beginnt mit Besuchen bei jungen Eltern, verlangt gute Familienberatung, eine
210 emanzipatorischen Kinder- und Jugendpolitik mit hohen Freizeitwerten und endet bei
211 einer Seniorenarbeit, die die älteren Menschen nicht nur als Pflege- oder Betreuungsfäl-
212 le versteht. Dennoch muss qualifizierte Hilfe vorhanden sein, wo sie nötig ist und ge-
213 braucht wird.
- 214 19.) Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört auch die Gewährleistungen von Sicherheit und
215 Ordnung. Wir wissen, gute Familien- und Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention.
216 Darum heißt es bei uns „Prävention vor Repression“. Wir nutzen unsere kommunalen
217 Einrichtungen, um dies zu gewährleisten ohne dabei die Aufgaben und Befugnisse der
218 Polizei zu übernehmen. Deutliche Grundrechtseingriffe, wie etwa durch Videoüberwa-
219 chung des öffentlichen Raums, bleiben in Verantwortung und Finanzierung eine polizei-
220 liche Aufgabe, die wir im Rahmen unserer Kapazität unterstützen.

19. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung

221 20.) Europa hat eine wichtige Bedeutung für die Kommunen, nicht nur im Hinblick auf För-
222 der- und Entwicklungsprogramme. Viele europäische Entscheidungen haben direkten
223 positiven Einfluss auf die Menschen vor Ort und sichern insgesamt den Frieden in Euro-
224 pa. Die grenzüberschreitende Freiheit innerhalb der EU bietet den Menschen Chancen.
225 Diese positiven Chancen gilt es zu sichern und die Stellung der kommunalen Selbstver-
226 waltung in Europa zu stärken.

1 **Beschluss**

2 Antrag A5

3 **Thema:** Nur mit den Kommunalen – SPD erneuern

4 **Nur mit den Kommunalen!**

5 **SPD erneuern.**

6 Die SGK NRW fordert die NRWSPD und Bundes-SPD auf, die kommunalen Verantwortungs-
7 träger stärker in den Führungsgremien einzubinden und der Kommunalpolitik im Rahmen
8 des Erneuerungsprozesses sowie bei der Entwicklung von Partei- und Wahlprogrammen ein-
9 nen höheren Stellenwert einzuräumen.

10 **Begründung:**

11 „Kommunalpolitik ist nicht das Kellergeschoß der Demokratie“, sagte der ehemalige SPD-
12 Vorsitzende Franz Müntefering. Und er hat Recht, damals wie heute! Die Kommunalpolitik
13 ist die Basis der demokratischen Beteiligung in unserem Land. Die Stärkung der kommunalen
14 Selbstverwaltung ist ein Kernthema sozialdemokratischer Politik in allen Ländern und im
15 Bund.

16 Diese gilt es weiter zu stärken und auch in den Gremien der Partei mit der Wertschätzung
17 und Berücksichtigung zu versehen, sowohl personell als auch inhaltlich.

18 Kommunalpolitik ist nah am Menschen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte
19 aber auch die Ratsmitglieder in den kommunalen Gremien kennen die Sorgen, Nöte und
20 Wünsche der Bürgerinnen und Bürger am besten. Sie wissen wo der Schuh drückt und küm-
21 mern sich vor Ort.

22 Deshalb ist es wichtig, dass Vertreterinnen und Vertreter aus diesen Ebenen auch auf in den
23 Führungsebenen der Partei vertreten sind. Es reicht nicht, dass amtierende Vorstandsmit-
24 glieder auf ehemalige kommunale Mandate vor vielen Jahren verweisen, die aktuell han-
25 delnden kommunalen Akteure müssen sich einbringen können.

26 Auch in den Beteiligungsprozessen zur Erarbeitung von Leitbildern, Partei- und Wahlpro-
27 grammen muss den SPD-Kommunalen eine größere Bedeutung eingeräumt werden, um den
28 realen Anforderungen an eine sozialdemokratische Politik vor Ort, im Land und Bund gerecht
29 zu werden.

30 Deshalb ist es umso wichtiger die Kommunalen weiter zu stärken und einzubeziehen, denn
31 sozialdemokratische Politik beginnt vor Ort.

19. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung

1 **Beschluss**

2 Antrag A6

3 **Thema:** Kommunalpolitik an Schulen

4 **Kommunalpolitische Bildung in Schulen ab der Sekundarstufe I** 5 **sowie in Berufsschulen einführen!**

6 Die NRWSPD, gemeinsam mit der SGK NRW und der SPD-Landtagsfraktion sowie weiterer
7 Bildungsträger werden aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das Kommunalpolitik in den
8 Lehrplänen der Schulen einen höheren Stellenwert zukommen lässt.

9 Das Konzept soll die politischen Rahmenbedingungen der unmittelbaren Lebensumwelt
10 junger Menschen und der darin wirkenden politischen Prozesse im Rahmen der kommunalen
11 Selbstverwaltung für die Betroffenen erfahrbar und erkennbar werden lassen.

12 Es soll das Ziel verfolgt werden, jungen Menschen zu vermitteln, dass ihre eigenen Lebens-
13 umstände in der Gemeinde auch das Ergebnis politischer Entscheidungen vor Ort und nicht
14 von vermeintlich objektiven Sachzwängen sind. Ziel ist es, politisches Interesse und Engage-
15 ment zu wecken.

16 Kommunalpolitik ist als Thema in den Lehrplan des Unterrichts in der Sekundarstufe I aufzu-
17 nehmen und später erneut in der Oberstufe und in der schulischen Ausbildung an Berufs-
18 schulen zu vertiefen.

19 **Begründung:**

20 Betrachtet man die Ergebnisse der großen Jugendstudien der vergangenen Jahre, so ergibt
21 sich mit Blick auf das politische Interesse und Engagement deutscher Jugendlicher ein er-
22 nüchterndes Bild. Obwohl Demokratie als Staatsform von der überwiegenden Mehrheit der
23 Jugendlichen grundsätzlich befürwortet wird, zeigen sich deutsche Jugendliche unterdurch-
24 schnittlich politisch interessiert und noch weniger politisch engagiert.

25 Um diesen Trend und der Überalterung in der Kommunalpolitik entgegenzuwirken, sollte
26 das Thema schon in der Schule konkreter als bisher behandelt werden. Bei Kindern und Ju-
27 gendliche sollen so das Interesse für Kommunalpolitik geweckt und die Grundlagen für ein
28 Politikverständnis geschaffen werden.

29 Vor Ort kann mit politischem Engagement viel erreicht und verändert werden. Erfolge wer-
30 den schneller sichtbar, als auf allen anderen politischen Ebenen. Vielen Kindern und Jugend-
31 lichen fehlt jedoch die Übersicht über den Aufbau ihrer eigenen Gemeinde und der kommunalen
32 Selbstverwaltung in Deutschland. Daher sollte das Thema im Lehrplan Politik eine grö-
33 ßere Rolle einnehmen.

34 Es muss ein Konzept erarbeitet werden, die Inhalte interessant und altersgemäß zu vermit-
35 teln. Neben den Grundlagen müssen auch die Möglichkeiten der aktiven Partizipation darge-
36 stellt werden. Bereits ab der Oberstufe - 16 Jahre - dürfen Jugendliche selbst wählen und vor
37 Ort mitentscheiden. Eine Verantwortung, auf die Schülerinnen und Schüler genauso vorbe-
38 reitet werden müssen wie auf Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

39 **Frühe kommunalpolitische Bildung ist unerlässlich!**

40 Auch darf politische Partizipation im Schulalltag nicht abhängig von (wenigen) engagierten
41 kommunalpolitischen Lehrerinnen und Lehrern sein. Das Wissen über politische Partizipation
42 sollte alle Schüler erreichen. Es muss daher fest im Lehrplan der Sekundarstufe I verankert
43 werden und sich altersgemäß durch die Schullaufbahn ziehen, bis hin zur Sekundarstufe II,
44 oder adäquat in der schulischen Ausbildung an Berufsschulen.

45 Um der Entwicklung entgegenzuwirken, dass vor allem männliche Jugendliche immer mehr
46 den rechten Parteien zulaufen und die Politikverdrossenheit schon im jungen Alter ansteigt,
47 kann die Motivation und das Interesse an politischem Engagement ein wichtiges Instrument
48 sein. Hier ist politische Bildung im frühen Alter ebenfalls ein wichtiger Baustein.

49 Im Lehrplan muss abgebildet werden, was gerade Kinder und Jugendliche vor Ort thematisch
50 direkt betrifft (bspw. Jugend- und Schulpolitik o.ä.) und auf kommunaler Ebene umzusetzen
51 ist. Hier sollen Themen besprochen werden, die nah am Alltag und der Lebenswelt junger
52 Menschen sind, und nicht so abstrakt wie die teilweise sehr theoretische Bundes- oder Eu-
53 ropapolitik.

54 Die Einbindung in den Lehrplan bietet viele Vorteile. Die Kinder und Jugendlichen lernen so
55 früh, die direkte Demokratie zu leben und mitzugestalten. Die Entscheidungsprozesse und
56 Abläufe können besser verstanden und eigene Wünsche, Ideen und Ziele formuliert und ein-
57 gebracht werden. Im Idealfall mündet dies dann in einem politischen Engagement vor Ort.

1 **Beschluss**

2 Antrag A7

3 **Thema:** Ärzteversorgung sicherstellen

4 **Ärztliche Versorgung in NRW sicherstellen – Hausarztmangel eindämmen**

5 Schon seit geraumer Zeit werden wir in Nordrhein-Westfalen vor die Frage gestellt, wie eine
6 flächendeckende ärztliche und insbesondere hausärztliche Versorgung in Zukunft sicherge-
7 stellt werden kann. Besonders die ländlichen Gebiete klagen über eine immer geringer wer-
8 dende Dichte niedergelassener Allgemeinmediziner/innen. Aber auch in einigen städtischen,
9 vor allem strukturschwächeren Quartieren ist das Problem mittlerweile angekommen. Pra-
10 xen finden keine Nachfolger und Kassensitze bleiben unbesetzt.

11 Die Ursachen sind vielfältig. Neben der grundsätzlichen Tendenz einer Land-Stadt-Flucht,
12 steigt auch bei Medizinerinnen und Medizinern der Wunsch nach einer ausgeglichenen
13 Work-Life-Balance. Die herkömmliche Form der Praxisführung mit teilweiser Rufbereitschaft
14 rund um die Uhr und oft als Einzelkämpfer/in in eigener Praxis ist für viele nicht mehr zeit-
15 gemäß und deshalb inakzeptabel. Modelle wie Halbzeittätigkeit oder flexiblere Arbeitszeiten
16 sind bei selbständiger Tätigkeit ohne Vertreter/in nur schwer zu realisieren. Daneben ist all-
17 gemein eine Überalterung bei den praktizierenden Ärztinnen und Ärzten erkennbar, die
18 zwangsläufig bei Praxisaufgabe zu Vakanzen führt.

19 Signifikante Unterschiede der Bezahlung unterschiedlicher Fachärztinnen und Fachärzte ver-
20 leiten Berufseinsteiger dazu, sich in anderen Fachrichtungen als der Allgemeinmedizin zu
21 spezialisieren. Gerade in den hochtechnisierten Fachbereichen ist die Lobbyarbeit der In-
22 dustrie sehr viel stärker ausgeprägt. Auch dies führt dazu, dass diese Bereiche attraktiver
23 sind und die Motivation leidet, sich in Richtung der Allgemeinmedizin zu orientieren.

24 Zusätzlich zum nachlassenden Angebot steigt der Bedarf an Allgemeinmedizinerinnen und
25 Allgemeinmedizinern aufgrund einer immer älter werdenden Gesellschaft und das beson-
26 ders da, wo es ohnehin schon mangelt, im ländlichen Raum, aber auch in manchen städti-
27 schen Quartieren. Themen wie die Erreichbarkeit der Praxen kommt eine größer werdende
28 Bedeutung zu.

29 Alle diese Faktoren ergeben ein Bild, das deutlich macht, wie groß der Handlungsbedarf auf
30 diesem Gebiet tatsächlich ist.

31 Denn klar ist auch: ohne eine ausreichende ärztliche Versorgung wird es nicht gelingen, den
32 möglichen und notwendigen gesundheitlichen Standard zu halten.

33 **Neugestaltung der Zugangsvoraussetzungen**

34 Mit einer Durchschnittsnote im Abitur von unter 1,0 ist es heute schon schwierig, sicher
35 einen Medizinstudienplatz zu erhalten. Der Numerus clausus in der bisherigen Form ist nicht
36 mehr zeitgemäß. Daher müssen die Zulassungskriterien angepasst werden. Das hierzu er-
37 gangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Dezember vergangenen Jahres
38 (BVerfG, 19.12.2017, 1BvL3/14 – Rn. 1-253) macht deutlich, wie unterschiedlich die Universi-
39 täten die Vergabe ihrer Studienplätze handhaben. Das Gericht fordert eine einheitlichere
40 Strukturierung und einen Verzicht auf die alleinige Fokussierung auf die Abiturnote. Darin

41 liegt eine Chance, die Zahl der Studentinnen und Studenten mit allgemeinmedizinischer Spe-
42 zialisierung zu steigern.

43 Wenn ein Weg gefunden wird, einen attraktiven Zugang zum Medizinstudium zu ermögli-
44 chen, bei gleichzeitiger Festlegung auf den Bereich der Allgemeinmedizin, kann die Lücke
45 gefüllt und gleichzeitig qualifizierten Interessentinnen und Interessenten ein Weg zum
46 Wunschberuf aufgezeigt werden. Daneben muss die Zahl der Studienplätze mit diesem
47 Schwerpunkt deutlich erhöht werden.

48 ***Forderung: Die SGK NRW fordert die Landesregierung auf, eine Neugestaltung der Zu-***
49 ***gangsvoraussetzungen zum Medizinstudium für die Universitäten in NRW zu schaffen. Die***
50 ***Abiturnote darf nicht länger allein ausschlaggebend für den Erhalt eines Studienplatzes***
51 ***sein. Unabhängig von den Kriterien für die Vergabe, muss ein bestimmtes Kontingent an***
52 ***Studienplätzen für diejenigen Studierenden vorbehalten sein, die sich verpflichten, im An-***
53 ***schluss an das Studium als Allgemeinmediziner/in zu arbeiten.***

54 **Verbesserte Verzahnung der ambulanten und stationären Arbeit**

55 Wichtig ist darüber hinaus eine bessere Verzahnung der stationären und niedergelassenen
56 ärztlichen Tätigkeit. Vielerorts nutzen Bürgerinnen und Bürger die notfallärztlichen Abteilun-
57 gen der Krankenhäuser für eine Versorgung, die genauso gut, wenn nicht sogar besser, in
58 einer allgemeinmedizinischen Praxis erfolgen kann. Um hier der immer größer werdenden
59 Überlastung der notärztlichen Versorgung entgegenzuwirken, muss die strikte Trennung
60 aufgehoben und so Kooperationen von stationärer und ambulanter Versorgung erleichtert
61 werden.

62 ***Forderung: Die SGK NRW fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür ein-***
63 ***zusetzen, dass die Kooperation zwischen Notfallpraxen und den Krankenhäusern durch***
64 ***entsprechende gesetzliche Regelungen vereinfacht wird. Die Vergütung der durch die***
65 ***Krankenhäuser übernommenen Fälle muss sicherstellen, dass diese nicht zu unwirtschaftli-***
66 ***chen Ergebnissen führen.***

67 **Erreichbarkeit sicherstellen**

68 Die Erreichbarkeit der Praxen spielt in einer älter werdenden Gesellschaft besonders im
69 ländlichen Bereich eine immer größere Rolle. Ohne eine ausreichende Anbindung ist im Falle
70 einer Krankheit der Bewegungsradius des Einzelnen sehr eingeschränkt und der Arztbesuch
71 wird noch zusätzlich erschwert. Nur durch eine ausreichende Anbindung an den öffentlichen
72 Nahverkehrs kann diesem Problem begegnet werden.

73 ***Forderung: Die SGK NRW fordert die Landesregierung auf, mit einem neuen Mobilitätskon-***
74 ***zept die Städte und Gemeinden darin zu unterstützen, dass die Anbindung ländlicher***
75 ***Kommunen an den öffentlichen Nahverkehr – und hier insbesondere im Hinblick auf die***
76 ***ärztliche Einrichtungen- sichergestellt ist.***

77 **Ausweitung des Sponsoring-Programmes**

78 Bereits in der Vergangenheit sind diverse Programme entwickelt worden, mit denen die At-
79 traktivität des Berufes gesteigert werden sollte. So wurden finanzielle Anreize für die Praxis-
80 gründung in Aussicht gestellt, Unterstützung bei der Wohnungsfindung oder Kinderbetreu-
81 ung zugesichert oder Hilfe bei der Arbeitssuche eines Partners angeboten.

82 Der nordrheinwestfälische Sozialminister hat nun angekündigt, dass das bereits seit 2009
83 bestehende Hausarzt-Aktionsprogramm des Landes konzentriert fortgeführt werden soll. Die
84 wenigen Erfolge dieses Programmes lassen jedoch erkennen, dass mit dem Konzept keine
85 Lösung des grundlegenden Problems geschaffen wurde. Die nunmehr geplante erneute Ein-
86 schränkung auf kleinere Kommunen (≤ 25.000 Einwohner, mit einer Ausnahmeregelung für
87 besonders gefährdete Kommunen ≤ 40.000 Einwohnern) grenzt die Reichweite noch mehr
88 ein. Die geringfügige Erhöhung der Fördersummen, von 25.000 bzw. 50.000 €, auf nun
89 30.000 bzw. 60.000 € wird nicht für eine maßgeblichen Verbesserung sorgen.

90 ***Forderung: Die SGK NRW fordert, ungeachtet der bisherigen geringen Erfolgsquote, eine***
91 ***verbesserte Weiterführung des Programmes, mit einer Ausweitung auch auf andere unter-***
92 ***versorgte Regionen, im ländlichen und städtischen Raum, anstatt die Kriterien einzuschrän-***
93 ***ken. Die Größe der Kommune darf nicht ausschlaggebend sein. Das Angebot muss besser***
94 ***beworben werden, möglicherweise im Zusammenhang mit den anderen hier vorgebrachten***
95 ***Verbesserungsvorschlägen. Auch eine Aufhebung der Niederlassungssperren in unterver-***
96 ***sorgten Bereichen kann die Ansiedlung erleichtern.***

97 **Neue Wege gehen**

98 Sogenannte kommunale Versorgungszentren, wie sie vereinzelt schon in Schleswig-Holstein
99 oder auch in Rheinland-Pfalz existieren, sollten auch in Zukunft lediglich eine Notlösung blei-
100 ben. Die Zuständigkeit für eine ausreichende hausärztliche Versorgung und damit auch die
101 Verantwortung muss weiterhin bei den kassenärztlichen Vereinigungen liegen. Nur im abso-
102 luten Ausnahmefall soll eine Kommune hier selbst tätig werden.

103 Das Land Thüringen geht zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen einen
104 neuen Weg. Mit der Einrichtung der „Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Ver-
105 sorgung im Freistaat Thüringen“ wurde ein Weg geschaffen, um an einer Niederlassung inte-
106 ressierten Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern den Weg dorthin zu erleich-
107 tern. In den sogenannten Stiftungspraxen werden die Medizinerinnen und Mediziner für
108 zwei Jahre als angestellte Ärztinnen und Ärzte beschäftigt. Finanziert wird die Beschäftigung
109 über Stiftungsgelder. Bei den meisten der Praxen handelt es sich um Räumlichkeiten, für die
110 von den Vorgängerinnen und Vorgängern kein Nachfolger gefunden werden konnte, die
111 aber entsprechend gut ausgestattet und etabliert sind.

112 Optionen wie die Führung als Gemeinschaftspraxis oder eine intensive Unterstützung beim
113 Einstieg in die niedergelassene Tätigkeit gehören genauso zum Konzept, wie die Möglichkeit
114 der Arbeit in Teilzeit. Nach Ablauf der zwei Jahre muss dann von den Ärztinnen und Ärzten
115 die Entscheidung getroffen werden, ob die Praxis übernommen werden soll oder nicht. Auf
116 diesem Weg wird die Hemmschwelle verringert, die eine Niederlassung, erst recht an
117 scheinbar unattraktiver Stelle, oft mit sich bringt.

118 Die Sicherheit eines Anstellungsverhältnisses bei gleichzeitigem Fehlen von finanziellen Be-
119 lastungen, sowie die „Probephase“ von zwei Jahren, ermöglichen es dem Einzelnen, für sich
120 zu erproben, ob die hausärztliche Tätigkeit dauerhaft etwas für sie oder ihn ist.

121 ***Forderung: Die SGK NRW fordert ein vergleichbares Modell auch für Nordrheinwestfalen.***
122 ***Die Landesregierung soll dazu ein entsprechendes Konzept vorlegen. Langfristig muss hier-***
123 ***zu auch das System der Kassenärztlichen Vereinigungen reformiert und an die Lebenswirk-***
124 ***lichkeit angepasst werden.***

125 Grundkonzept überdenken

126 Wenn es weiterhin bei den im Vergleich sehr viel geringeren Pauschalen für einen praktizie-
127 renden Allgemeinmedizinerin oder Allgemeinmediziner bleibt, werden langfristig auch diese
128 Ansätze dem Hausärztemangel nicht entgegenwirken können. Hier muss nachgebessert
129 werden. Eine gemeinsame Honorarordnung für GKV- und PKV-Patientinnen und Patienten
130 kann ein erster richtiger Schritt sein.

1 **Beschluss**

2 Resolution R1

3 **Thema:** Gleichstellung und Frauenwahlrecht

4 **100 Jahre Frauenwahlrecht – Noch viele Fragen offen**

5 Seit der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechtes mit dem Reichswahlgesetz
6 im Jahr 1918 sind 100 Jahre vergangen. Am 19. Februar 1919 sprach die Genossin Marie
7 Juchacz als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung:

8 *"Meine Herren und Damen. Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und*
9 *Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf. Und ich möchte hier feststellen und zwar*
10 *ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die Vorurteile*
11 *überwunden hat. Ich möchte feststellen (...), dass wir deutschen Frauen dieser Regierung*
12 *nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan*
13 *hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu*
14 *Unrecht vorenthalten worden ist."*

15 Einige Erfolge konnten seitdem in der Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden. Doch
16 in vielen Punkten ist die Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung, wie sie schon Marie
17 Juchacz forderte, immer noch nicht in den Köpfen und der Gesellschaft angekommen.

18 **Wir fordern deshalb nachdrücklich:**

- 19 1. Analyse: Tätigkeiten müssen gestaffelt nach Einflussbereichen im öffentlichen Dienst
20 dargestellt werden, damit deutlich wird, dass die Repräsentanz von Frauen in der öf-
21 fentlichen Verwaltung gesteigert und gestärkt werden muss.
- 22 2. Frauenförderung im kommunalpolitischen Ehren- und Hauptamt: Wir brauchen eine
23 Verstärkung der Angebote zur Unterstützung von weiblichen Nachwuchskräften in
24 der Kommunalpolitik, sowohl in der ehrenamtlichen Tätigkeit als auch im Hauptamt.
25 Angebote wie Mentoring-Programme oder gezielte Führungskräfte-seminare für
26 Frauen müssen, mit Unterstützung der Gleichstellungsstellen in den Kommunen,
27 ausgebaut werden.
- 28 3. Vereinbarkeit von Mandat, Beruf und Familie: Auch Menschen mit geringerem zeitli-
29 chem Budget müssen die Chance bekommen zu partizipieren. Hierbei werden mo-
30 derne, auf Familien ausgerichtete Arbeitszeitmodelle und die voranschreitende Digi-
31 talisierung ein hilfreicher Faktor sein.

32 **Begründung:**

33 Die geschlechterunabhängige Chancengleichheit ist ein maßgeblicher Faktor für eine zu-
34 kunftsfähige Gesellschaft. Wenn wir weiterhin die Ungleichbehandlung von Frauen akzeptie-
35 ren, gehen Potentiale verloren und Ressourcen bleiben ungenutzt.

36 Dem öffentlichen Sektor muss hierbei eine Vorbildfunktion zukommen. Aktuell kann aber
37 gerade in der öffentlichen Verwaltung nicht von einer geschlechterspezifisch ausgeglichenen
38 Struktur gesprochen werden. Je höher die Einflussebene, desto geringer der Frauenanteil.

39 Diese Gleichung macht deutlich, wie wichtig es ist nachzusteuern und mit entsprechenden
40 Anreizen dafür zu sorgen, dass insbesondere Frauen darin motiviert, unterstützt und geför-
41 dert werden, verantwortungsvolle Tätigkeiten wahrzunehmen.

42 Aber auch an den entscheidungsbildenden Stellen in den Räten und Kreistagen, sind Frauen
43 immer noch unterrepräsentiert. Der durchschnittliche Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen
44 auf kommunaler Ebene liegt bei ca. 25 %, obwohl ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung 50 %
45 ausmacht. Grundsätzlich kann festgestellt werden: je kleiner die Gemeinde, desto geringer
46 der Frauenanteil im Rat.

47 Auch die selbstverordnete Geschlechterquote der SPD hat diese Situation noch nicht nach-
48 haltig verändern können. Um über die SPD hinaus eine paritätische Aufteilung sicherzustel-
49 len und die Zahl der Frauen in den Gremien zu erhöhen, ist es notwendig, die kommunalpoli-
50 tische Arbeit von Frauen aktiver zu fördern als bisher. Es muss deutlich werden, dass es at-
51 traktiv ist sich politisch für die Gesellschaft zu engagieren und die eigenen Ideen und Ziele
52 vor Ort einzubringen. Die Heranführung kann beispielsweise über Mentoring-Programme
53 oder gezielte Führungskräfte-seminare für Frauen erfolgen.

54 Die Realität ist bis heute: Meist sind es immer noch Frauen, die sich um die Pflege und Für-
55 sorge ihrer Familien kümmern. Ein ehrenamtliches Mandat muss daher vielfach nicht nur mit
56 der regulären Erwerbstätigkeit, sondern auch mit Familienpflichten vereinbart werden. Auf-
57 grund dieser Verantwortung in der Familie, ist es schwieriger, kommunalpolitisch tätig zu
58 sein und gleichzeitig Energie und Zeit zu investieren, um dort möglicherweise in eine Füh-
59 rungsposition aufzusteigen. Deshalb muss eine zeitgemäße Ausgestaltung der kommunalpoli-
60 tischen Partizipationsstrukturen entwickelt werden. Hierbei können moderne Arbeitszeit-
61 modelle und auch die fortschreitende Digitalisierung eine Brücke schlagen.

62 Die SPD war die erste Partei, die schon 1891 die Forderung nach einem Frauenwahlrecht in
63 ihrem Programm verankert hat. Diese historische Verantwortung muss wahrgenommen und
64 es muss Sorge dafür getragen werden, dass es nicht weitere 100 Jahren dauert, bis die glei-
65 che Bezahlung der Geschlechter, die Parität in den Gremien und die Arbeit von Frauen in
66 Führungspositionen genauso selbstverständlich ist, wie das vor 100 Jahren verabschiedete
67 Wahlrecht für alle.

